SCHADER-
DIALOG

Magazin der Schader-Stiftung
Dialog zwischen Gesellschafts-
wissenschaften und Praxis

2/15

MENSCHEN-RECHTE IM DIALOG

Schader Stiftung

SEITE 3
► EDITORIAL

SEITE 4
► SCHADER-PREIS 2015

SEITE 8
► KINDERRECHTE-KONGRESS

SEITE 11
► TRANSDISZIPLINÄRE NACHHALTIGKEITS-POTENTIALE

SEITE 12
► NEUES BEWUSSTSEIN FÜR NEUEN WOHLSTAND

SEITE 14
► KÜNSTLER-TOURIST: URBAN VIEWS

SEITE 16
► ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT

SEITE 18
► PROJEKTE 2015

SEITE 23
► TERMINE

SEITE 26
► SOMMERCAMP NEUE VERANTWORTUNGEN

SEITE 27
► IMPRESSUM

Titelbild: Gespannte Erwartung bei den jungen Teilnehmenden des Kongresses „Kinder mischen mit!" im Schader-Forum. Rund fünfzig Kinder, die meisten zwischen acht und zwölf Jahre alt, haben zwei Tage mit erwachsenen Expertinnen und Experten das Thema der Partizipation nach der UN-Kinderrechtskonvention beraten: „Das Recht des Kindes auf Beteiligung verwirklichen!"

EDITORIAL

Die Verleihung des Schader-Preises 2015 an Professor Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger stellt das Thema Menschenrechte erkennbar in den Fokus der Schader-Stiftung. Die deutsche Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sprach in ihrer Dankesrede über „Menschenrechte als universelles Navigationssystem". Auszüge aus ihrem Vortrag und aus der Laudatio dokumentieren wir in diesem Magazin.

Die Schader-Stiftung bezieht in ihre Projekte stets gleichermaßen Wissenschaft und Praxis ein – im Falle des Kongresses „Kinder mischen mit" in diesem Sommer waren das auch rund fünfzig Kinder, die gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft ein Ziel verfolgten: „Das Recht des Kindes auf Beteiligung verwirklichen". Gemeinsam mit starken und engagierten Partnern war dieser Kongress wegweisend für den Umgang mit dem Anspruch von Kindern auf Gehör nach Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention.

Privatsphäre, Presse- und Meinungsfreiheit, Versammlungsrechte und der Schutz privater und beruflicher Daten sind nur einige jener Rechte, die im Cyberspace bedroht und verletzt werden. In der nunmehr dritten gemeinsamen Tagung der Schader-Stiftung mit dem Arbeitskreis Menschenrechte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft soll dies im Dezember 2015 thematisiert werden.

Über diese und weitere Aspekte unserer Arbeit berichten wir im vorliegenden Magazin, das Sie anregen und einladen soll, gemeinsam mit uns weiter im „Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis" zu bleiben.

ALEXANDER GEMEINHARDT

Vorstand der Schader-Stiftung

SCHADER-PREIS 2015

Die Juristin und Slawistin Professor Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger hat den Schader-Preis 2015 erhalten. Die Preisverleihung fand am 28. Mai vor gut 350 geladenen Gästen im Schader-Forum in Darmstadt statt. Mit dem Preis zeichnet die Schader-Stiftung Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit herausragende Verdienste um die Gesellschaftswissenschaften und um deren Dialog mit der Praxis erworben haben. Angelika Nußberger ist Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und Direktorin des Instituts für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln.

Für den Senat begründete Professor Franz-Xaver Kaufmann die Entscheidung für die Preisträgerin: „Angelika Nußberger widmet sich mit rechtswissenschaftlichem Scharfsinn und Vielsprachigkeit sozial- und verfassungsrechtlichen Fragen im östlichen Europa und verbindet Theorie und Praxis in den Gesellschaftswissenschaften, indem sie als Richterin am Europäischen Gerichtshof für die praktische Pflege der Menschen- und Sozialrechte Verantwortung übernommen hat“.

MENSCHENRECHTE ALS UNIVERSELLES NAVIGATIONSSYSTEM?

„Der Senat der Schader-Stiftung hat mein Nachdenken zur Kenntnis genommen, mein Nachdenken über Ost und West, über ein Europa, das geteilt war, als ich jung war und das sich auch nach Überwindung der ideologischen Teilung immer noch schwer tut, zusammenzuwachsen, ein Europa, in dem ich es mir zur Lebensaufgabe gemacht habe, Brücken des Verstehens zu bauen, Brücken von West nach Ost ebenso wie von Ost nach West.“

KULTURELL-TERRITORIALE BEDINGTHEIT VON WERTVORSTELLUNGEN

► Der Annahme der Universalität der Menschenrechte steht auch ihre kulturell-territoriale Bedingtheit entgegen. Drei Beispiele mögen genügen. Blasphemie war zum Schutz der Ehre Gottes – rechtsgeschichtlich betrachtet – in den meisten Rechtsordnungen eine Straftat. Aus menschenrechtlicher Sicht ist es eine Meinungsäußerung, die als solche Schutz verdient. Hier werden die Grenzziehungen sehr unterschiedlich definiert, man denke nur an die Mohammed-Karikaturen. Die europäische Liberalität wird von anderen Rechtskulturen mit Feindseligkeit betrachtet. Der „clash of cultures“ ist hier nicht zuletzt auch durch die Diesseitigkeit des europäischen Menschenrechtsschutzsystems bedingt. Die Rechte „der einen“ stehen den Rechten der „anderen“ gegenüber; hier gilt es abzuwägen. Gott dagegen hat keine Rechte, ein Schutz der „Ehre Gottes“ kann in einem diesseitigen System nicht vorgesehen sein. Hier verläuft die kulturelle Trennlinie im Übrigen nicht nur zwischen Nord und Süd und grenzt muslimisch geprägte Rechtskulturen ab, sondern auch zwischen Ost und West, man denke an Fälle wie „Pussy Riots“ oder „Ostorožno Religija“ (Vorsicht Religion), bei denen die orthodoxe Kirche die Bestrafung derer, die in ihren Augen Frevler gegen Gott waren, als conditio sine qua non für ein gedeihliches Zusammenleben in der Gesellschaft erachtete.

Ähnliche tiefgehende kulturelle Unterschiede zeigen sich etwa beim Umgang mit dem weiblichen Körper. Forderungen nach Verschleierung und Entschleierung wechselten im Laufe der Kulturgeschichte, waren immer auch unmittelbar mit der Stellung der Frau in der Gesellschaft verbunden. Ist die Vollverschleierung der Frau in Frankreich um ihrer Menschenwürde willen verboten, wird sie in außereuropäischen Ländern aus eben diesem Grund für unerlässlich erachtet.

Dies gilt schließlich auch für das Recht, seine Religion zu wechseln, das in muslimisch geprägten Ländern explizit ausgeschlossen wird, während es nach der EMRK ein anerkanntes Menschenrecht darstellt.

Damit haben Menschenrechte in ihrer konkreten Auslegung nicht nur etwas Verbindendes, sondern auch etwas Trennendes. In Fällen der extraterritorialen Anwendung, aber auch bei Ausweisungen und Auslieferungen kann dies zu unmittelbaren Zusammenstößen unvereinbarer Wertvorstellungen und damit zu schwer lösbaren Problemen im zwischenstaatlichen Rechtsverkehr führen. Gräben werden hier sogar zwischen Europa und den USA aufgerissen, wenn die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen wegen eines anderen Verständnisses von Schuld und Strafe gestützt auf die Menschenrechte verboten wird [EGMR, Urt. v. 4.9.2014, Trabelsi v. Belgien, Beschwerde Nr. 140/10].

STABILITÄT DES SYSTEMS

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Stabilität des gegenwärtigen Systems zum Schutz der Menschenrechte in Europa. Konkrete Gefährdungen bilden politische Bestrebungen in verschiedenen Mitgliedsstaaten, die Konvention zu kündigen. Man stellt zwar nicht den Schutz der Menschenrechte in Frage, kritisiert aber das bestehende System und wirft dem Gerichtshof vor, eine undemokratische Regierung zu sein und mit seinem Mikromanagement zu tief in den Entscheidungsfreiraum der nationalen Gesellschaften einzudringen. Die Feindseligkeit der britischen UKIP, aber auch der Tories ist bekannt. In Frankreich ist gerade ein Gesetzesentwurf der UMP und UMI gescheitert, mit dem dem Gerichtshof die Kompetenz, Entscheidungen im Umfeld terroristischer Bedrohung zu fällen, abgesprochen werden sollte. In der Schweiz sammelt die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei SVP

Unterschriften für die Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“, da die Tätigkeit des Gerichtshofs, so der Initiator des Referendums, ein „Programm der politischen Linken“ sei [SZ vom 2./3.5.2015, S. 5]. Auch sprachliche Neubildungen zeigen Negativeinschätzungen, so der französische Ausdruck „droit de l’hommisme“, was in etwa „Menschenrechterei“ bedeutet, oder die Verballhornung im Russischen, wenn vom Europäischen Gerichtshof als vom „Гейропейский суд” gesprochen wird; aus „Eu“ wird „Gay“, Europa ist der Kontinent der „gay people“, nur für sie ist der Gerichtshof da.

Nicht zu verkennen ist schließlich auch das Spannungsgefüge zwischen internationalem, supranationalem und nationalem Menschenrechtsschutz, wenn Gerichte wie das Bundesverfassungsgericht oder der EuGH in Luxemburg mit dem EGMR um das „letzte Wort“ bei der Auslegung der Menschenrechte streiten. Wer programmiert das Navigationssystem?

MEHRWERT EINES AUF DEN MENSCHENRECHTEN AUFBAUENDEN UNIVERSELLEN NAVIGATIONSSYSTEMS

So bleibt zum Schluss die Frage nach dem Wert oder, vielleicht konkreter „Mehrwert“ eines auf den Menschenrechten aufbauenden Navigationssystems, das den Anspruch erhebt, universell gültig zu sein.

Ich sagte eingangs, Gesellschaften ebenso wie Staaten brauchten einen ideologischen Kitt, der sie zusammenhält. Menschenrechte waren und sind ein derartiger Kitt. Sie mögen nicht dazu getaugt haben, Krieg vollständig zu bannen oder allseits soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Aber sie haben dennoch vermocht, die Richtung zu dem Ideal einer gerechten Gesellschaft in einer Zeit der Orientierungslosigkeit zu weisen. Wenn bei moralischen an den Einzelnen gerichteten Forderungen wie jenen feierlich auf den Steintafeln des Moses niedergeschriebenen Geboten der Glaube an das Numinosum wegbricht oder zumindest nicht mehr fraglos von allen geteilt wird, wenn Lebensentwürfe nicht mehr an Traditionen ausgerichtet, sondern auf dem Reißbrett der Möglichkeiten entworfen werden, ist es an der Zeit, die dadurch im gesellschaftlichen Gefüge entstehenden Lücken mit etwas Neuem zu füllen. Dies ist – ausgehend von der Aufklärung – mit der Aufzeichnung der Menschenrechte in Verfassungen und völkerrechtlichen Verträgen geschehen. Über sechs Jahrzehnte hat man sie nunmehr in Europa Gerichtsentscheidungen zugrunde gelegt und sich bemüht, Einzelfallgerechtigkeit zu schaffen. Das Experiment war erfolgreich. Das ist keine Garantie für die Zukunft. Das Navigationssystem hat sich bewährt. Und dennoch steht es auf dem Prüfstand.

AUSZUG AUS DEM VORTRAG DER PREISTRÄGERIN; TEXT IN DER UNGEKÜRZTEN FASSUNG: **WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/SCHADER-PREIS**

Schader-Preis 2015: Alexander Gemeinhardt, Alois M. Schader, Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger, Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Prof. Dr. Peter Haslinger, Dr. Rudolf Kriszeleit
Foto: Christoph Rau

ARGUMENTATION UND HALTUNG – LAUDATIO AUF ANGELIKA NUSSBERGER

„Damit wird es als legitim angesehen, diejenigen, die beanspruchen, im Besitz einer religiösen Wahrheit zu sein, davor zu schützen, diese Wahrheit in Frage gestellt zu sehen. Dieser, dem galileischen Verständnis von Meinungsfreiheit diametral entgegengesetzten Sicht widerspricht der Europäische Gerichtshof mit Entschlossenheit.“

► Bei einer im letzten Jahr publizierten Rede im Studienkreis für Presserecht und Pressefreiheit bezieht Angelika Nußberger – auch vor dem Hintergrund der beunruhigenden Entwicklungen in Ungarn – mit aller Klarheit Position für Medienvielfalt und Meinungspluralismus. Die freie Meinungsäußerung sei ein Wettbewerb um die besten Ideen und damit eine Grundlage der Demokratie. „Werden komplexe gesellschaftliche und insbesondere auch kontroverse Fragen in einer offenen, wissenschaftlich unterstützten Debatte angesprochen“, so Nußberger wörtlich, „so fördert dies den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.“

Im gleichen Gedanken erinnert sie uns aber auch daran, dass in keinem Rechtssystem Meinungsfreiheit schrankenlos gewährt wird und wir es immer mit feinen Grenzziehungen zwischen kollektiven und individuellen Interessen zu tun haben. Beleidigung, üble Nachrede und Hassrede entsprechen nicht der Zieltrias gesellschaftlicher Fortschritt, Selbstverwirklichung und Demokratie. Nach den Erfahrungen der Wirkung von Propaganda im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust sei es daher gerechtfertigt, so Angelika Nußberger, sich zu klaren Grenzen zu bekennen, was tolerierbar und einer wertenden Abwägung zugänglich ist.

Wie Sie alle wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht der Schader-Preis für etwas ganz Besonderes: für herausragende wissenschaftliche Leistungen, ein großes gesellschaftliches Engagement und eine auf Lösungen hin orientierte Auseinandersetzung mit den drängendsten gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit. Wenn wir uns nun zentrale Anliegen der Schader-Stiftung noch einmal vergegenwärtigen, dann wird überdeutlich, warum Angelika Nussberger gleich in mehrfacher Hinsicht als Preisträgerin eine geradezu ideale Wahl darstellt.

Gemeinwohl und Verantwortung: Schon ein kurzer Blick auf das Werk und die bisherigen Lebensleistungen hat uns klar vor Augen geführt, dass beides Dreh- und Angelpunkte sind, die sich gleichsam wie ein roter Faden durch das Denken und Handeln von Angelika Nussberger ziehen. Das Gemeinwohl orientiert sie dabei nicht an nationalen Grenzen, sondern sie schließt die gesamte Menschheit mit ein.

Demokratie und Engagement: Unsere Preisträgerin hat sich seit Beginn ihrer Laufbahn immer wieder intensiv mit Systemen auseinandergesetzt, in denen staatliche Setzungen die politisch Verantwortlichen dazu verleitet haben, die Orientierung an eben diesem Gemeinwohl aufzugeben und Beschränkungen der Freiheit Einzelner oder ganzer Gruppen zumindest billigend in Kauf zu nehmen.

Liebe Frau Nussberger, ich möchte Ihnen ganz herzlich zu der großen und bedeutsamen Auszeichnung gratulieren, die Sie gleich erhalten werden. Und wenn ich darf, würde ich das gerne mit einem Wunsch an Sie verbinden: Bleiben Sie auch in Zukunft Ihrer Linie treu!

PROF. DR. PETER HASLINGER
ist Direktor des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg und Professor für die Geschichte Ostmitteleuropas am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen.

KINDER MISCHEN MIT!

Kinderrechte-Kongress
Kinder mischen mit!

Das Recht des Kindes auf Beteiligung umsetzen – ein Experiment im Schader-Forum: Wissenschaftler diskutieren mit Kindern auf Augenhöhe. Das innovative und zukunftsweisende Format brachte am 21. und 22. Juli 2015 über fünfzig Kinder zwischen acht und vierzehn Jahren und siebzig Erwachsene zusammen.

► Die Kinderstudien der *hessenstiftung – familie hat zukunft* und von *World Vision* zeigen einen Zusammenhang zwischen kindlichem Wohlbefinden und dem Maß, in dem Kinder beteiligt werden. Neben der UN-Kinderrechtskonvention war dies ein weiterer Anlass für die beiden Organisationen, gemeinsam mit der *Schader-Stiftung* und *OUTLAW.die Stiftung* einen Kongress zur Kinderbeteiligung zu wagen. Das Experiment lag darin, den Dialog von Wissenschaftlern und Praktikern mit Kindern als Experten ihrer Welt und gleichberechtigten Teilnehmern zu gestalten. Schülerinnen und Schüler der Hans-Quick-Schule Bickenbach, der Gutenbergschule Darmstadt-Eberstadt, der Humboldtschule Bad Homburg sowie Hanauer Jugendliche aus dem Kinderbeirat Rhein-Main von *Children for a better world* waren von *Makista e. V.* auf die Teilnahme vorbereitet worden.

SCHREIBGESPRÄCH STELLT GLEICHE AUGENHÖHE HER

Auf zehn Themeninseln zu Lebensbereichen wie Familienalltag, Trennung und Scheidung, Ernährung und Gesundheit, Mein Körper gehört mir, Zeit für mich – Freizeit, Meine Stadt – mein Viertel – meine Gegend, Leben außerhalb der eigenen Familie, Schule als Lern- und Lebensraum, Kita als Lern- und Lebensraum und Selbstbestimmung bei der Nutzung von Medien diskutierten Wissenschaftler, Praktiker und Kinder gemeinsam und brachten jeweils ihre Expertise ein. Davor hatten alle Beteiligten die Gelegenheit, sich an zehn Tischen schweigend einen Überblick über die verhandelten Themen zu verschaffen. Im „stillen Schreibgespräch“ entstand tatsächlich Augenhöhe, weil keiner dem anderen ins Wort fiel, keine Redezeit überzogen wurde und doch mit den auf Tischdecken notierten Fragen, Anmerkungen, Provokationen und Bildern ein erster Dialog geführt wurde. Die meisten Anteile hatten die Kinder.

FÜR BETEILIGUNGSRECHTE BRAUCHT ES KEINE ERLAUBNIS

Die zehn Themen steckten die Bereiche ab, in denen es immer wieder um die Grundfrage der Beteiligung der Kinder ging. Prof. Dr. Maywald hatte im Einführungsvortrag deutlich gemacht, es gehe nicht darum, ob Kinder mitreden und mitbestimmen dürften. Es muss ihnen keiner erst erlauben, denn Kinder haben ein Recht darauf, ihre Meinung frei zu äußern und angemessen berücksichtigt zu werden. Im Verlauf des Kongresses wurde auch deutlich, dass es vielerorts Formen der halbherzigen Beteiligung von Kindern gibt, die Kinder nicht wirklich ernst nehmen, ihnen den Entscheidungsspielraum nicht transparent machen oder sie für eigene Zwecke instrumentalisieren.

Diese Gefahr schwebte auch über dem Kongress. Hat er Kinder instrumentalisiert, damit erwachsene Experten eine Bestätigung für ihre Thesen erhielten oder hat er wirklich produktiv Neues durch die formale und inhaltliche Beteiligung der Kinder erreicht? In der Schlussrunde auf dem Podium sagte ein Junge: „Die Erwachsenen haben uns wirklich zugehört!“

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT:
WWW.KINDERRECHTE-KONGRESS.DE

DR. ULRICH KUTHER
ist Geschäftsführer der hessenstiftung – familie hat zukunft.

KINDER MISCHEN MIT! VOM MENSCHENRECHT DES KINDES AUF BETEILIGUNG

► Dem internationalen Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) sind mehr Staaten beigetreten als jeder anderen UN-Konvention, die Verwirklichung der dort formulierten Menschenrechte ist ein weltweit anerkanntes Ziel. Die Vertragsstaaten der UN-Kinderrechtskonvention sichern Kindern und Jugendlichen das Recht auf Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen zu, ebenso wie sie ihnen das Recht auf Schutz und Förderung garantieren. Doch die Reichweite dieses Menschenrechts des Kindes auf Beteiligung ist in vielen Bereichen noch nicht erkannt worden, auch in Deutschland. In der Regel entscheiden Erwachsene für Kinder, über deren Köpfe hinweg.

Dabei haben Kinder das Recht darauf, mitzureden, es muss ihnen nicht erst erlaubt werden. Die UN-Konvention sichert „dem Kind … das Recht zu, [seine] Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern“. Darüber hinaus ist die Meinung des Kindes „angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ zu berücksichtigen. Der englische Originaltext der Konvention verlangt sogar, dass den Meinungen des Kindes „angemessenes Gewicht zu geben“ ist.

Für dieses Recht gibt es keine Altersgrenze, das Kinderrecht auf Beteiligung ist wie jedes Menschenrecht ein Geburtsrecht. Es muss nicht erst durch den Nachweis persönlicher Reife erworben werden, und es ist auch nicht von besonderen Kenntnissen oder Fähigkeiten abhängig. Selbst die Fähigkeit zu sprechen ist keine Voraussetzung. Als Menschenrecht steht es allen Menschen ohne Abstriche zu, unabhängig von Alter, Geschlecht oder einer Behinderung. Es ist Aufgabe der sorgepflichtigen Erwachsenen, die Gefühle, Wünsche und Meinungen der Kinder zu beachten und angemessen zu berücksichtigen.

Wie das Kinderrecht auf Beteiligung in den Lebenswelten von heute praktisch verwirklicht werden kann, war Thema des Kongresses „Kinder mischen mit!“ Ende Juli 2015 im Schader-Forum. Kinder und Erwachsene diskutierten Verbesserungsmöglichkeiten in einer Fülle von Lebensbereichen, vom Familienalltag, Schule, über Freizeitgestaltung und Ernährung bis hin zur Mediennutzung. Auch belastende Themen wie Trennung und Scheidung

und das Leben in einer speziellen Wohnform außerhalb der eigenen Familie wurden behandelt. Dabei ging es in den Arbeitsgruppen zunächst nicht darum, was z.B. in Sachen Ernährung, des Zusammenlebens in der Familie oder Mediennutzung „das Beste“ für das Kind wäre. Es stand ebenfalls nicht im Vordergrund, wie das Kind am besten vor Gefahren geschützt und bestmöglich in seiner Entwicklung gefördert werden könnte.

Im Sinne des Kongressthemas drehten sich die Gespräche vielmehr darum, wo und wie die Stimme des Kindes zu eben diesen Fragen gehört wird – und wie dieser Stimme angemessenes Gewicht gegeben werden kann. Wenn zu entscheiden ist, was im besten Interesse eines Kindes ist – wie kann das Kind dann seine Meinung dazu zu Gehör bringen? Und wie kann sichergestellt werden, dass diese Meinung bei der Entscheidung auch angemessen berücksichtigt wird? Wie werden die Meinungen von Kindern wahrgenommen? Wo können sich Kinder selber vertreten und wann brauchen sie dazu (welche?) Unterstützung? Wo und in welchem Umfang können Kinder über ihre eigenen Belange selber entscheiden?

Den Veranstaltern war es ein großes Anliegen, Kindern eine gleichberechtigte Teilnahme an der Tagung zu ermöglichen – als Experten für kindliche Lebenswelten, die gemeinsam mit erwachsenen Experten diskutieren. Das Programm des Kongresses wurde daher so gestaltet, dass er den Bedürfnissen der Kinder und stillen Wünschen vieler Erwachsener entsprach: Nur kurze Impulse, in einer klaren und auf das Wesentliche reduzierten Sprache, mit einem abwechslungsreichen Verlauf und vielfältigen Arbeitsformen. Grundlegendes Arbeitsprinzip des Kongresses war das Gespräch – zwischen Kindern und Erwachsenen, zwischen Menschen unterschiedlicher Fachrichtungen und beruflicher Erfahrungen.

Gehör, Mitbestimmung, Selbstbestimmung: Das Recht des Kindes auf Beteiligung

Den Teilnehmern verlangte dieses Experiment viel ab: Die Erwachsenen mussten sich auf die Kinder einstellen und ihre gewohnten Gesprächsroutinen verlassen, ohne dabei ihre inhaltlichen Aussagen zu verwässern. Die Kinder konnten sich nicht auf die Präsentation ihrer vorbereiteten Impulse beschränken, sondern waren in den intensiven Gesprächen der gemischten Kleingruppen gefordert. Die vielfach geäußerte Rückmeldung der Kinder: „Die Erwachsenen nehmen uns ja wirklich ernst“ zeigte zum einen, dass das Kongressexperiment gelang. Zum anderen ist dies Beleg dafür, dass mit Kindern nur selten in dieser Ernsthaftigkeit gesprochen wird.

Für die Erwachsenen erwies es sich als eine Herausforderung, die Ansichten der Kinder auch dann zu akzeptieren, wenn sie ihren wohlmeinenden Auffassungen davon widersprachen, was dem Kindeswohl am besten diene. Zum einen machte sie dies darauf aufmerksam, dass ihre jeweilige Vorstellung eines Kindeswohls die Wünsche und Ansichten von Kindern nicht berücksichtigt und damit in Frage gestellt ist. Etwa, wenn Kinder Ideen zur Schulreform ablehnend gegenüber stehen und lieber am tradierten System festhalten. Zum anderen wurde dabei auch die Herabwertung und Missachtung kindlicher Meinungen deutlich, oftmals Teil der überlegenen Geste Erwachsener, die im allzu sicheren Glauben daran handeln, sie wüssten genau, was im besten Interesse des Kindes ist.

Daneben behandelte der Kongress auch übergreifende Fragen. Welche Art der Beteiligung ist für welches Lebensalter geeignet? Woran kann man „Pseudo-Beteiligung“ erkennen? Wer wacht eigentlich darüber, dass die Kinderrechte eingehalten werden? Was können Kinder bei einer Verletzung ihrer Beteiligungsrechte tun? Und was muss in der Schule oder der Kita getan werden, damit dort die Einhaltung der Kinderrechte garantiert werden kann?

Die Fülle der Ergebnisse des Kongresses werden im Herbst in einem Film und einer Broschüre vorgestellt.

DR. TOBIAS ROBISCHON
ist Politikwissenschaftler und Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung.

TRANSDISZIPLINÄRE NACHHALTIGKEITS-POTENTIALE

Nachhaltige Entwicklung bedeutet Veränderung. Dafür braucht es Menschen, die diese Veränderungen umsetzen können. Hochschulen sind in der Pflicht, die Studierenden so auszubilden, dass sie in der Lage sind, diese Prozesse aktiv mit zu gestalten – Thema der Salongespräche im Schader-Forum mit jeweils etwa zwanzig Beteiligten aus Praxis, Forschung und Studium.

► Den Gesprächseinstieg bilden jeweils kurze Impulse aus der Praxis, orientiert an einem kontinuierlichen Fragerastер: nach der Motivation, den Akteuren, Hemmnissen und kritischen Erfolgsfaktoren. Wie lassen sich nachhaltige Innovationen mit den professionellen Standards der Akteure, aber auch den sonstigen Rahmenbedingungen vereinbaren? Welche Änderungen empfehlen sich?

Impulsgeber der Salongespräche kamen aus der Wohnungs- (Bauverein, Nassauische Heimstätte) und Energiewirtschaft (HSE) sowie aus Architektur und Planung (schneider+schumacher, TUD / Fachgebiet Entwerfen und Stadtentwicklung). Die Diskussion am großen ovalen Tisch in der Schader Stiftung, moderiert von Prof. Dr. Martin Führ (Hochschule Darmstadt) und eingerahmt durch ein elektronisches Kaminfeuer, führt in der Regel rasch zu Aspekten, die außerhalb der „Systemgrenzen“ der vorgestellten Fallbeispiele angesiedelt sind. Dies ermöglicht es, über Ansätze und Lösungswege nachzudenken, die kreative Potentiale freisetzen und neue Lösungswege aufzeigen. Das sehen auch die Teilnehmer so: Ein Prokurist bezeichnete die Salongespräche gar „als berufliches Highlight des Jahres“.

DR. SILKE KLEIHAUER
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) an der Hochschule Darmstadt.

Übergeordnetes Ziel der Salongespräche bleibt, die Praxisanforderungen in die Lehre zu übersetzen. Vier in der Hochschule Darmstadt entwickelte Strukturelemente bilden das Gerüst für die transdisziplinäre Lehre:

1. Normative Orientierung: Kenntnisse über rechtliche Anforderungen, gesellschaftliche Leitbilder und ethische Grundprinzipien und die Fähigkeit, daraus Anforderungen an die Wahrnehmung individueller wie organisationaler Verantwortung zu formulieren, um einen entsprechenden Veränderungsbedarf bestimmen und begründen zu können.
2. Theorien und Methoden (Systemwissen): disziplinäre Kenntnisse, um aus unterschiedlichen Perspektiven Probleme zu strukturieren und vielfältige Gestaltungsoptionen zu identifizieren sowie die damit verbundenen Wirkungen analysieren zu können.
3. Transdisziplinäre Integration (Transformationswissen): Kenntnisse, wie sich (Veränderungs-) Prozesse in Richtung nachhaltige Entwicklung in konkreten Konstellationen, aber auch in der Gesellschaft insgesamt realisieren lassen.
4. Disziplinen- und handlungsfeldübergreifende Verständigung: Wahrnehmung, Kooperation und Umgang mit unterschiedlichen disziplinären und professionellen „Denkstilen“ und Verhaltensmustern.

Anhand eines konkreten Projektes des Bauvereins ist der Arbeitskreis „Transdisziplinäre Lehre“ dabei, eine Pilotveranstaltung in Form einer „Spring School“ mit integriertem Planspiel zu konzipieren. Beteiligt sind Lehrende der TU und Hochschule Darmstadt in Kooperation mit dem Öko-Institut und dem Institut für Wohnen und Umwelt (IWU) sowie dem Bauverein, der HSE und der Stadt Darmstadt als Praxisakteure.

NEUES BEWUSST-SEIN FÜR NEUEN WOHLSTAND

Wie kann der erforderliche Bewusstseins- und Verhaltenswandel hin zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen beschleunigt werden? Wie können die Aktivitäten der aus ganz unterschiedlichen Fachbereichen und politischen Richtungen stammenden Experten besser vernetzt und dadurch wirkungsvoller gemacht werden? Mit welchen konkreten Schritten können Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Institutionen den Bewusstseins- und Verhaltenswandel hin zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen fördern?

► Diese und verwandte Fragen waren Gegenstand des Symposiums „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“, das das Denkwerk Zukunft zusammen mit der Schader-Stiftung am 1. und 2. Dezember 2014 in Darmstadt veranstaltete. Fünfzig ausgewiesene Expertinnen und Experten, die sich für einen Übergang zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen einsetzen, diskutierten diese Fragen. Zum Einstieg des Symposiums führte Günter Figal von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit seinem Vortrag über „Muße und gutes Leben“ in eine Möglichkeit immateriellen Wohlstands ein.

Die Teilnehmer des Symposiums waren sich einig, dass einseitig auf materielles Wachstum und materiellen Konsum ausgerichtete Wirtschafts- und Lebensweisen nicht länger zukunftsfähig sind. Allerdings sind die praktischen Folgen hiervon in früh industrialisierten Ländern einerseits und spät industrialisierten andererseits sehr unterschiedlich. Während erstere von einem menschheitsgeschichtlich beispiellosen materiellen Wohlstandsniveau aus Optionen entwickeln können, müssen letztere erst noch die materiellen Grundlagen für Milliarden von Menschen schaffen. Dabei können und sollten sie nicht dem Weg der früh industrialisierten Länder folgen. Denn dieser hat mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine Sackgasse geführt. Die spät industrialisierten Länder müssen vielmehr ihren eigenen Weg gehen. Das stellt globale Ausgleichsmechanismen vor gewaltige Herausforderungen.

In den früh industrialisierten Ländern gehen fast überall sowohl die relativen Wachstumsraten als auch das absolute Wachstum der Wirtschaft seit Jahrzehnten zurück. Früher oder später könnte das Wirtschaftswachstum auch ganz zum Stillstand kommen und selbst in Schrumpfung umschlagen. Versuche, diesen Trend durch schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme zu beenden oder umzukehren, sind gescheitert. Das heißt nicht, dass die Wirtschaft damit ihre Dynamik einbüßen muss. Auch dann können sich Teilbereiche kräftig entwickeln, sofern andere sich entsprechend zurückbilden. Die Wirtschaft würde zwar insgesamt nicht mehr expandieren, aber weiterhin innovativ bleiben und sich verändernden Bedingungen anpassen.

In den früh industrialisierten Ländern müssen nach einer langen Phase der Betonung und Überbetonung materiellen Wachstums die Gewichte stärker in den immateriellen Bereich verschoben werden. Hierzu gehören die Entfaltung psychischer Ressourcen, gesellschaftlicher Zusammenhalt, nachhaltige Lebensweisen und anderes mehr. Damit dieses Mehr an Immateriellem bei gleichzeitigem Weniger an Materiellem von Menschen nicht als Verlust empfunden wird, brauchen sie erstrebenswerte Lebensentwürfe und positive Leitbilder. Anleihen hierfür können sowohl aus europäischen als auch asiatischen Traditionen geschöpft werden. Diese müssen jedoch eingebettet werden in einen umfassenden Bewusstseins- und Verhaltenswandel.

Ein derartiger Wandel ist, wenn überhaupt, nur bedingt steuerbar. In der Vergangenheit traten solche Veränderungen in der Regel als Folge von schweren Krisen, Kriegen oder existenziellen Katastrophen ein. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass besonders lohnende individuelle und gesellschaftliche Ziele ähnliche Wirkungen haben. Obwohl die Zahl von sozialen Innovationen, Institutionen und Reallaboren, die nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen entwickeln, in den zurückliegenden Jahren stark zugenommen hat, führen diese noch immer ein Nischendasein. Um Breitenwirkungen zu erlangen, müssen sie bekannt gemacht sowie fachlich und finanziell unterstützt werden. Es gilt fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Pionieren des nachhaltigen Lebens den Weg ebnen und somit diesen Weg auch für breitere Gesellschaftsschichten begehbar machen. Zum anderen könnte sich damit auch ein entsprechender Druck auf die Politik aufbauen. Mehreren Teilnehmern des Symposiums zufolge sind die politischen Parteien und die Politik generell nicht aus sich selbst heraus kreativ oder innovativ. Wenn es zu Innovationen in der Politik kommt, dann vollzieht sie oft nur nach, was durch die Zivilgesellschaft entwickelt worden ist.

Alles in allem sind die bisherigen Erfolge politischen Wirkens ernüchternd. Der Klimawandel, die Abholzung von Regenwäldern oder der Verlust an Biodiversität – um nur einige Beispiele zu nennen – schreiten weiter und zum Teil sogar beschleunigt voran. Wie hierauf reagiert werden sollte und müsste, bleibt unter den Teilnehmern des Symposiums umstritten. Während einige für faktenfundierte, aber aufrüttelnde und gegebenenfalls schockierende Botschaften plädieren, vertreten andere die Auffassung, dass nur ein Bewusstseins- und Verhaltenswandel Erfolg versprechend ist, der durch nachahmenswerte Leitbilder, die Verbreitung nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensweisen, die Vernetzung Gleichgesinnter und ähnliches mehr bewirkt wird.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT:
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/NEUER-WOHLSTAND

PROF. DR. MEINHARD MIEGEL
ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“ in Bonn. Er erhielt im Jahr 2000 den Schader-Preis.

STÄDTE UND EU-ENERGIEPOLITIK

Welche Rolle haben Städte in der Energiepolitik der Europäischen Union (EU), insbesondere im Hinblick auf die Ziele Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit?

► Dieser Frage widmet sich die Konferenz „Städte und EU-Energiepolitik im 21. Jahrhundert“, die das Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt in Kooperation mit dem Arbeitskreis für Europäische Integration und der Schader-Stiftung am 3. und 4. September 2015 im Schader-Forum in Darmstadt veranstaltet.

Die Konferenz, die von der Europäischen Union gefördert wird, beleuchtet Zielkonflikte zwischen energie- und wettbewerbspolitischen Vorgaben der EU und lokalen Anforderungen auf kommunaler Ebene, mit denen lokale Akteure im politischen Entscheidungsprozess konfrontiert sind. Darüber hinaus werden Beispiele zum Umgang mit diesen Konflikten aufgezeigt.

EU-Energiepolitik betrifft sowohl Nachhaltigkeit und Klimaschutz, umfasst aber auch Energiesicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der energieerzeugenden und -verteilenden Unternehmen. Aus der Perspektive lokaler Akteure haben zudem wettbewerbsrechtliche Vorgaben energiepolitische Relevanz, weshalb auch die Bedingungen der allgemeinen EU-Wettbewerbspolitik, insbesondere des EU-Vergaberechts, in die Betrachtung einbezogen werden.

Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele müssen vor allem dort implementiert werden, wo Energie bereitgestellt und verbraucht wird, womit die lokale Ebene in den Fokus rückt. Besonders Städte bieten ein hohes Innovationspotential und eine Vorbildwirkung bezüglich der Reduzierung des Stromverbrauchs, der Erhöhung der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energieträger.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT:
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/ENERGIEPOLITIK

DIALOGE– GESELLSCHAFTS-WISSENSCHAFTEN UND KUNST

Marion Eichmann,
NEW YORK (Blumstein), 2014
Pigmenttusche, farbiger Karton
Besitz der Künstlerin
© Marion Eichmann

Die Schader-Stiftung und das Hessische Landesmuseum Darmstadt (HLMD) zeigen seit Februar 2007 gemeinsam konzipierte Ausstellungen. In der neuen Ausstellungsreihe „DIALOGE“ möchten die Schader-Stiftung und das HLMD zeitgenössische, jüngere Künstler unter in Kunst und Gesellschaft virulenten thematischen Schwerpunkten präsentieren.

DIALOGE 02 KÜNSTLERTOURIST: URBAN VIEWS

► Der erste Themenblock umfasst zwei Ausstellungen zum differenzierten Feld des „Tourismus“. Nach der ersten Ausstellung „Künstlertourist: Grenzgänge“ zeigt die zweite Ausstellung dieses Themenblocks „Künstlertourist: Urban Views“ Arbeiten von Marion Eichmann und Timo Klein. Während Eichmann mit dem Zeichenblock in die Häusermenge und Straßenzüge der Metropolen eintaucht und ihre Eindrücke mit dem Bleistift festhält, entzieht sich Klein den Garküchen, Motorgeräuschen und überfüllten Straßen und begibt sich für seine Aufnahmen auf die Dächer der Wolkenkratzer. Ergebnis der künstlerischen Arbeit von Marion Eichmann und Timo Klein sind atmosphärische Zeichnungen und Fotografien, farbige Collagen und großformatige Installationen, die die urbane Verdichtung der Megacities widerspiegeln.

DIALOGE 03 TRANSIT: ORTE

Florian Albrecht-Schoeck
Aus der Werkgruppe „Heimat“, 2009
Besitz des Künstlers
© Florian Albrecht-Schoeck

Rebecca Wilton
„Siedlung“, 2007
Besitz der Künstlerin
© VG Bild-Kunst Bonn 2015

Unter dem Titel „Transit: Orte“ präsentiert die Galerie der Schader-Stiftung vom 16. Oktober 2015 bis 28. Februar 2016 Arbeiten von Florian Albrecht-Schoeck und Rebecca Wilton.

► Das Thema „Transit“ ist für die Schader-Stiftung vor dem Hintergrund der Aspekte Integration, Digitalisierung, Verkehr, Stadtplanung u. ä. evident. Es schließt eine Vielzahl von gesamtgesellschaftlichen Problemen, Entwicklungen und Tendenzen ein. Für die künstlerische Seite ist offensichtlich, dass sich das Thema in ebensolcher Vielfalt anbietet. Die intensive Wahrnehmung transitorischer Zustände, Prozesse, Orte unter den Aspekten Zeit, Material, subjektiver Empfindung und Erforschung lässt sich gerade im zeitgenössischen Schaffen feststellen. Eine im Kontext des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Kunst stattfindende Thematisierung kann sich aber nur auf einen bestimmten Bereich konzentrieren, der neben der gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion auch künstlerisch eindrücklich visualisierbar ist. Unter der Maßgabe, dass ein Themenblock aus zwei Ausstellungen besteht, sind zwei inhaltliche Schwerpunkte vorgesehen: „Transit: Orte“ und „Transit: Ströme“.

Die erste Ausstellung befasst sich mit dem Thema „Orte“. Transit ist eine Bewegung in Zeit und Raum. Der transitorische Raum kann auch mit dem Begriff des ‚Ortes’ umschrieben werden. Ein Ort kann spezifisch und funktional fest bestimmt und topographisch klar umrissen sein, ideell oder physisch – er kann aber auch ein unspezifischer, unbestimmter Raum sein, offen, nicht eingegrenzt, nicht eindeutig definiert. Orte unterliegen Veränderungen, die laufenden Prozessen geschuldet sind. Ein Ort kann ein Transitort im klassischen Sinne sein, der ständig durchquert, beschritten, befahren wird wie Bahnhöfe und Flughäfen (Marc Augé) oder ein Ort, der gleichsam still steht, leer ist, eventuell auf eine andere Bestimmung wartet und somit seine eigentliche transitorische Funktion im Sinne einer Bewegung, aber auch in Bezug auf materielle Veränderungen indirekt demonstriert.

Mit dieser Ambivalenz zwischen einem belebten Transitort und einem Ort oder öffentlichen Raum, der eher undefiniert ist bzw. marginalen Zwecken dient oder einer Veränderung unterliegt oder auf diese gleichsam wartet, befassen sich die Künstler Rebecca Wilton und Florian Albrecht-Schoeck in ihren Fotografien. Es sind Orte wie Garagen- und Feuerwehreinfahrten, provisorische Parkplätze, verlassene Veranstaltungsorte, die Florian Albrecht-Schoeck faszinieren. Für Rebecca Wilton stehen Orte und Räume im Zentrum, die in ihren Veränderungsprozessen still stehen wie aufgegebene Bahnhöfe, leere oder verlassene Kaufhäuser und Restaurants und vom Abriss bedrohte Dörfer. Ist Albrecht-Schoeck mehr dokumentarisch orientiert, bringt sich Wilton mit ihrer Person in ihren Fotos ein und bietet eine Identifikationsmöglichkeit an. Die Künstler verhalten sich also zu diesen Orten in beobachtender Distanz, einem Feldforscher vergleichbar, oder verbinden sich selbst mit diesem Ort, werden zu einem persönlichen Teil des Ortes.

ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT

Wie kann ein sinnvoller Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit stattfinden? Wer sind die Adressaten Öffentlicher Wissenschaft? Was macht wirksame Öffentliche Wissenschaft aus und wer sind die erfolgreichen Akteure?

Die Suche nach tragfähigen Konzepten Öffentlicher Wissenschaft, die dialogisch auf gesellschaftlich relevante Fragen eingehen, ist hochaktuell. Denn in der reflexiven Moderne geht es nicht mehr darum ob, sondern wie eine sinnvolle Partizipation zwischen Wissenschaft und „ihren" Öffentlichkeiten stattfinden kann.

WERKSTATT „ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT"

► Die Nachfrage nach Offenheit der Wissenschaft und Dialog mit außerwissenschaftlichen Akteurinnen und Akteuren steigt kontinuierlich. Eine erneuerte Wissenschaftsauffassung produziert und provoziert aber auch Fragen zwischen Erweiterung und Entgrenzung von Wissenschaft. Bislang gibt es wenig verlässliche Orientierungen und Vorbilder im Feld Öffentlicher Wissenschaft.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Stefan Selke (Hochschule Furtwangen), dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Prof. Dr. Stephan Lessenich (LMU München) sowie dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft lud die Schader-Stiftung am 19. und 20. März 2015 zur Werkstatt „Öffentliche Wissenschaft" ein.

Das Werkstattgespräch verfolgte das Ziel, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation sowie angewandten Öffentlichen Wissenschaft(en) zu vernetzen und durch intensiven überfachlichen Austausch zur Präzisierung der Debatte beizutragen. Dabei profitierte die Werkstatt von Akteurinnen und Akteuren sowie Institutionen, die ihre Erfahrungen und ihre erfolgreichen Modelle zur Diskussion stellten.

Professor Selke versteht sich als „öffentlicher Soziologe". Er ist Initiator eines Public Science Lab – Büro und Labor für öffentliche Wissenschaft, verortet an der Hochschule Furtwangen. Er sieht die Notwendigkeit neuer Formen der Ko-Produktion und Präsentation gesellschaftlich relevanten Wissens. Das Büro versteht sich als Entwicklungslabor für Theorien, Konzepte und Formate Öffentlicher Wissenschaft und bietet sich als Vernetzungsplattform für Personen und Projekte aus diesem Themenfeld an.

Mit der Initiative „DGS goes public" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) unterstützt und initiiert der Vorstand Veranstaltungen, die sich mit soziologischer Expertise zeitnah in aktuelle Debatten einmischen. Damit bringt die DGS den sozialwissenschaftlichen Diskurs in die Öffentlichkeit. Als Vorsitzender steht Professor Lessenich für dieses Programm.

Gemeinsames Ziel des Public Science Lab, der DGS sowie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der Schader-Stiftung war es, im Rahmen der Werkstatt interessierte Akteure aus der Wissenschaft und der Wissenschaftskommunikation und Organisation zusammen zu bringen und das Thema „Öffentliche Wissenschaft" dadurch breit zu diskutieren. Dabei wurden unterschiedliche Aspekte zu Stand und Reichweite Öffentlicher Wissenschaft aus der Sicht verschiedener Akteure beleuchtet, vom wissenschaftstheoretischen Fundament bis hin zur praktischen Umsetzung.

VON DER KOMMUNIKATION ZUM DIALOG

Die Abendveranstaltung am 19. März wurde durch einen Impulsvortrag von Prof. Dr. Stefan Selke zum Thema „Öffentliche Gesellschaftswissenschaften: Von der Kommunikation zum Dialog" eröffnet. In seinem Impulsvortrag verdeutlichte Selke den Anspruch an Öffentliche Wissenschaft, eine interdisziplinäre und dialogbasierte Wissenschaftskommunikation zu sein, statt einer monologischen Kommunikation.

PERSPEKTIVEN, ERFAHRUNGEN, POTENZIALE

Die anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete die Frage „Perspektiven, Erfahrungen und Potenziale: Wie viel Wissenschaft braucht die Öffentlichkeit – wie viel Öffentlichkeit verträgt die Wissenschaft?". Unter Moderation von Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing, diskutierten Miira Hill, Doktorandin an der Technischen Universität Berlin, Wilm Weppelmann, freischaffender Künstler in Münster, Dr. Alexander Deppert, Moderator und Autor sowie Initiator des Science Slam in Darmstadt, und Prof. Dr. Stephan Lessenich, Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilans-Universität München sowie Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Abendveranstaltung war für ein breites Publikum geöffnet, es nahmen etwa 80 Personen teil.

WERKSTATTGESPRÄCHE

Am Folgetag fand eine Expertenrunde mit etwa 50 Personen statt. Hier gab es Vorträge zu verschiedenen Projekten und Werkstattgespräche in Kleingruppen mit moderierten Diskussionen.

Vortragende waren Dr. Thomas Brunotte von der VolkswagenStiftung zu „Image statt Inhalt?! Auf der Suche nach Qualitätskriterien für die Wissenschaftskommunikation", Dr. Dagmar Simon vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu „Innovative Vermittlungsräume zwischen Sozialwissenschaften und Praxis", Prof. Dr. Stephan Lessenich, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, zu „DGS goes public" und Markus Weißkopf, Geschäftsführer bei Wissenschaft im Dialog gGmbH, zu „Information, Dialog, Beteiligung – wie öffentlich kann Wissenschaft sein?".

Innerhalb der Werkstattgespräche wurden in Kleingruppen zwei Perspektiven beleuchtet, die sich jeweils verschiedenen Fragestellungen widmeten.

Perspektive 1: Von der Wissenschaft zur Praxis – Wie lässt sich Öffentliche Wissenschaft zu einem Erfolgsmodell entwickeln? Was erwarten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Öffentlicher Wissenschaft? Wo verlassen Öffentliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sicheres Terrain? Wie lässt sich Öffentliche Wissenschaft an Hochschulen etablieren?

Perspektive 2: Von der Praxis zur Wissenschaft – Wie funktioniert Öffentliche Wissenschaft im Dialog mit der Praxis? Wie kann Wissenschaft in Praxisfeldern mit Akteurinnen und Akteuren in Dialog treten? Praxiserfahrungen mit Öffentlicher Wissenschaft – was geht, was geht nicht? Welche vermittelnde oder begrenzende Rolle spielen die Medien?

Gemeinsam mit den Teilnehmenden wollten die Veranstalter die Grenzen und Möglichkeiten Öffentlicher Wissenschaft erörtern und Legitimationen für neue innovative Herangehensweisen herausarbeiten. Ziel war dabei, die Ansichten der Akteure nicht zu homogenisieren, sondern die unterschiedlichen Perspektiven herauszuarbeiten.

Die Werkstatt „Öffentliche Wissenschaft" am 19. und 20. März 2015 sollte der Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen sein, die dem dauerhaften Austausch zum Thema Öffentliche Wissenschaft dienen. Das Thema Öffentliche Wissenschaft begleitet die Stiftung darüber hinaus im Rahmen des Großen Konvents der Schader-Stiftung im Herbst 2015. Die Keynotes werden dabei die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Professor Jutta Allmendinger Ph.D., und der Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. Potsdam, Bundesminister a.D. Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer, halten.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT:
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/OEFFENTLICHEWISSENSCHAFT

VERENA FRIES
ist Soziologin
und Mitarbeiterin der
Schader-Stiftung

PROJEKTE 2015

Die Schader-Stiftung fördert seit über 25 Jahren die Gesellschaftswissenschaften. Ihr Anliegen ist es dabei, den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften und deren Dialog mit der Praxis zu stärken. Zu diesem Zweck stellt die Schader-Stiftung das Schader-Forum in Darmstadt zur Verfügung.

Schwerpunkte der Förderung setzen jeweils die Themen des Großen Konvents der Schader-Stiftung: „Nachhaltigkeit im Dialog“ (2014) beziehungsweise „Öffentliche Wissenschaft“ (2015). Hierzu sind Anregungen und Anträge besonders willkommen.

Ausführliche Dokumentationen der hier in Auswahl vorgestellten Veranstaltungen finden sich unter www.schader-stiftung.de

CHANCENGLEICHHEIT IN WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

► 14. März 2015

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufsleben ist nicht zuletzt wegen der mittel- bis langfristigen Rekrutierung und Bindung von hoch qualifizierten Fachkräften ein gemeinsames Anliegen von Wirtschaft und Wissenschaft. Beide Bereiche stehen vor vergleichbaren strukturellen Herausforderungen. Das machte sich der Ständige Ausschuss für Fragen der Frauenförderung in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) zunutze und lud gemeinsam mit der Schader-Stiftung zu einem Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein.

Die gleich zu Beginn der Tagung von der Tübinger Professorin für Politikwissenschaft Gabriele Abels, Vorsitzende der DVPW, angesprochene „leaky pipeline“ vermittelt das passende Bild für die Herausforderungen, mit denen sowohl die Wirtschaft als auch die Wissenschaft konfrontiert sind. Im Karriereverlauf nimmt der Anteil von Frauen in beiden Bereichen immer mehr ab. Wo sich am Ende des Studiums noch eine Gleichverteilung von Abschlüssen zwischen Männern und Frauen findet, lassen sich eine Karrierestufe später schon weniger Doktorandinnen als Doktoranden auflisten. Bei den folgenden Schritten im wissenschaftlichen Werdegang dünnt sich der Anteil der Frauen weiter aus, bis er zu seinem Tiefpunkt unter den Professorinnen und Professoren kommt. Und selbst in der Professorenschaft, so betonte eindrücklich die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger in ihrem Abendvortrag, zeigt sich eine ungleiche Arbeitsverteilung, die den Professorinnen ein Mehr etwa an Gremientätigkeiten aufbürdet und in Folge ein Weniger an Zeit zum Forschen und Schreiben ermöglicht.

In der Wirtschaft ist die Leitung ebenso löchrig, um im Bild der „leaky pipeline“ zu bleiben. Auch hier nimmt der Anteil an Frauen mit jeder Stufe der Karriereleiter ab. Wie in der Wissenschaft ist die tatsächliche Zusammensetzung der Belegschaft immer auch abhängig von Disziplin und Branche beziehungsweise der jeweiligen Abteilung im Unternehmen. Einzelne Positivbeispiele ändern aber nichts am grundlegenden Zusammenhang zwischen Geschlecht und zu erreichenden Positionen im Berufsleben.

Die Ursache für die geringere Präsenz von Frauen auf den oberen Karrierestufen sehen die Teilnehmenden der Tagung in einer Mischung aus Fremd- und Selbstselektion. Vielfältige Faktoren wie fehlende Familienfreundlichkeit bei anspruchsvollen Stellen, prekäre Arbeitsverhältnisse beim Aufstieg auf der Karriereleiter, insbesondere in der Wissenschaft, individuelle Wünsche an die Qualität des Privatlebens, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsatmosphäre, das jeweils eigene Selbstbewusstsein, Ausmaß der individuellen Förderung, teilweise aber auch offene Diskriminierungen spielen hierbei eine Rolle.

Bettina Jankovsky von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) kann ein ganzes Bündel von Fördermaßnahmen für die Karriere von Frauen benennen, die sich positiv auf deren grundsätzliche Arbeitssituation im Betrieb auswirken. Große Erwartungen setzt sie dabei vor allem in die explizite Aufnahme der Förderung von Frauen in die Zielvereinbarungen der Führungskräfte, also in die monetäre Belohnung, wenn Führungskräfte Frauen weitere Karriereschritte ermöglichen.

Auch bei der Deutschen Bank, so zeigt Katharina Paust-Bokrezion auf, wird Chancengleichheit groß geschrieben, und zwar um primär zwei Ziele zu erreichen: zum einen die langfristige Sicherung von Fachkräften, zum anderen die Verbesserung der Innovationskraft durch vielfältig zusammengesetzte Teams.

Auf den Wissenschaftsbetrieb lassen sich diese Strategien nur sehr eingeschränkt übertragen. Hier können nicht wie von der Spitze eines Unternehmens Vorgaben etwa zur Annahme von Promovierenden gemacht oder Boni für die besondere Förderung von Frauen angeboten werden. Nichtsdestotrotz befinden sich auch im Wissenschaftsbetrieb die Professorinnen und Professoren in der Rolle eines „Gatekeepers“, der über Fördermaßnahmen und Einstellungen entscheidet. Allerdings ist vielen diese „Gatekeeper“-Rolle nicht bewusst. Sie sehen sich meistens eher als Forscher denn als Arbeitgeber. Zudem verfügen sie nicht über Schulungen zum Umgang mit Personal, wie sie für Führungskräfte in Unternehmen gang und gäbe sind.

Ein weiterer Punkt fand im Rahmen der Tagung großen Anklang: Karin Uphoff, EU-Botschafterin, ruft, um das Unternehmertum von Frauen zu fördern, zu mehr Mut – oder gleich zu mehr „Größenwahn“ – seitens der Frauen auf. Denn eines ist für sie klar: Frauen fordern mit der Gleichstellung nicht die gleiche Herzinfarktquote ein. Um was es zu kämpfen gilt, sind andere Bedingungen in der Arbeitswelt, die sowohl Frauen wie auch Männern zugutekommen und im besten Fall die Herzinfarktquote bei allen senken.

QUARTIERSENTWICKLUNG

► 6. März 2015

Im Mittelpunkt der Tagung stand die QuartiersAnalyse, der Werkzeugkasten, der es Akteuren des Wohnungsmarktes leichter macht, ein Quartier und dessen Entwicklung einzuschätzen. 140 Teilnehmer waren auf Einladung der Schader-Stiftung, des Geographischen Instituts der Universität Bonn, des Leibniz-Instituts für Länderkunde und weiterer Partner am 6. März 2015 nach Darmstadt gekommen, um mit den Wissenschaftlern und Praxispartnern des DFG-Erkenntnistransferprojekts „Gesellschaftlicher Wandel und Quartiersentwicklung“ zu diskutieren. „quartier entwickeln” steht für ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt zur Entwicklung einer Entscheidungshilfe für Wohnungsmarktakteure. Im DFG-Erkenntnistransferprojekt „Gesellschaftlicher Wandel und Quartiersentwicklung” wurden Verfahren entwickelt und erprobt, die die Bedürfnisse der Wohnungssuchenden mit den Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsanbieter auf den Wohnungsmärkten verknüpfen. Im Ergebnis entstanden übertragbare Bewertungsinstrumente, mit denen unterschiedliche Akteure das Profil und die Entwicklung von Quartieren besser einschätzen können.

WOHN-PFLEGE-GEMEINSCHAFTEN

► 27. März 2015

Pflegearbeit wird bisher überwiegend von Frauen geleistet, in der Familie wie auch im professionellen Bereich. Ob selbstorganisierte ambulant betreute Wohn-Pflege-Gemeinschaften sich als tragfähiges und geschlechtergerechtes Zukunftsmodell gesellschaftlich notwendiger Sorgearbeit eignen, war Thema einer Fachtagung, die Prof. Dr. Birgit Riegraf und Dr. Romy Reimer von der Universität Paderborn gemeinsam mit der Stiftung Diakonie Hessen und der Schader-Stiftung durchführten.

Menschen mit Demenz fühlen sich in großen Strukturen verloren. Kleine Wohn-Pflege-Gemeinschaften bieten daher eine gute Möglichkeit der Versorgung und Betreuung. Da diese aber zumindest in ihrer durch Angehörige initiierten und organisierten Form als flächendeckendes Angebot weder geeignet sind noch ausreichend zur Verfügung stehen, ist eine Vielfalt weiterer kleinräumiger Versorgungformen, auch in Kombination unterschiedlicher Wohn- und Betreuungstypen, unverzichtbar: neben trägerverantworteten ambulanten Pflege-Wohngruppen und stationären Hausgemeinschaften auch Angebote auf Quartiersebene, wie etwa private stundenweise Tagespflege mit Unterstützung durch weitere Betreuungspersonen.

Das Modell gemeinschaftlicher Wohn-Pflegeformen befindet sich noch in einer Probephase, in der Fehler nicht immer zu vermeiden sind. Das sollte niemand daran hindern, diesen Weg weiter zu gehen. Wie jedes gute „Nischenprodukt“ können selbstverantwortete Pflege-Wohngemeinschaften als Leuchtturmprojekt ein Vorbild für zukünftige Politikgestaltung abgeben. Vielversprechende Ansätze und Ideen, die sich in der Praxis bewähren, lassen sich in andere, auch stationäre Versorgungsformen übertragen, ohne dass der Zugang zu diesen „besseren“ Heimen dann wieder auf einen begrenzten Interessentenkreis beschränkt sein darf. Übergeordnetes Ziel unter wohlfahrtsstaatlichen Gesichtspunkten sollte ohnehin eine gute Versorgung für alle sein. Ein positiver weiterer Effekt wäre, wenn dabei eine geschlechtergerechtere Verteilung der Sorgearbeit zustande kommt.

VERANTWORTUNG – GERECHTIGKEIT – ÖFFENTLICHKEIT

► 14. Mai 2015

Die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) veranstaltete ihre 60. Jahrestagung vom 13. Mai bis 15. Mai 2015 an der Hochschule Darmstadt (h_da) und im Schader-Forum.

Im Fokus der DGPuK-Jubiläumstagung standen Diskussion und Austausch zu Normen, Werten, Moral und Ethik im Journalismus. Der verantwortungsvolle und gerechte Umgang von Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffenden mit ihrer Arbeit rückte dabei in den Mittelpunkt der Debatte.

Die Fachtagung diente einerseits dem wissenschaftlichen Austausch und der Diskussion aktuellster Forschungsergebnisse, andererseits wurden für diese Tagung Formate geschaffen, die den fundierten Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis fördern.

Die zentrale Veranstaltung der 60. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) fand am 14. Mai 2015 im Schader-Forum in Darmstadt statt.

Die zentrale Veranstaltung umfasste Podien und Stehkonvente zu spezifischen Themen. Der Stehkonvent mit Brigitte Zypries, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, beschäftigte sich mit der Frage „Wie soll sich Journalismus angesichts der Datafizierung der Welt verhalten?“ und sah die Medienwirtschaft in einer Doppelrolle sowohl als Treiber technologischer Entwicklungen als auch sozialverantwortlicher Mahner.

Ein weiterer Stehkonvent thematisierte die Garantien von Qualität öffentlicher Kommunikation. Haben Politik, Journalismus und Zivilgesellschaft Antworten auf die Herausforderungen einer ökonomisierten Gesellschaft und ihrer Folgen für eine umfassende und freie Berichterstattung? Es moderierte Barbara Kögler, Leiterin der Unternehmenskommunikation der Software AG.

Alexander Filipovic, Professor für Medienethik an der Hochschule für Philosophie München, befasste sich mit den künftigen Regeln der öffentlichen Kommunikation und ging dabei der Fragestellung nach, wie sich presserechtliche Verordnungen und medienethische Erwartungen bei den digitalen Weltkonzernen anwenden und durchsetzen lassen.

Im Stehkonvent von Jürgen Kaube, Herausgeber der FAZ, ging es um das Thema Gerechtigkeit aus Sicht der Berichterstatter und des Publikums. Kann oder muss Berichterstattung in jedem Fall gerecht oder auch nur fair sein? Oder gibt es auch Fälle, in denen einseitige Berichterstattung geboten sein kann? Wie gerecht ist das Publikum gegenüber den Berichterstattern angesichts der aktuellen Diskussion über eine „Lügenpresse“?

Roland Tichy, Publizist und Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, thematisierte die Verantwortung von Medien und Journalismus. Nehmen sie angesichts der überbordenden Katastrophen-, Krisen- und Kriegsberichterstattung einerseits und der Unterhaltungsorientierung andererseits diese Verantwortungen und Wächterfunktionen wahr?

Partner der DGPuK für die Ausrichtung der Jahrestagung 2015:

AUSZEICHNUNG FÜR BAUKULTUR AN SCHADER-STIFTUNG

► 27. Februar 2015

Die Schader-Stiftung ist einer der Preisträger der Auszeichnung für Baukultur in Hessen 2014/2015, die der Bund Deutscher Architekten (BDA) in einem feierlichen Festakt am 27. Februar 2015 im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt vergeben hat.

Der BDA zeichnet damit das Engagement von Persönlichkeiten, Institutionen und Initiativen aus, die sich in Hessen um gute Architektur, um eine Grundlage für eine fundierte Auseinandersetzung mit der gebauten Umwelt und um den Architekturdiskurs vor Ort und in der Region verdient gemacht haben. Durch ihr Tun haben die Ausgezeichneten der Baukultur und damit der Gemeinschaft einen großen Dienst erwiesen.

In seiner Laudatio würdigte Prof. Dr. Julius Niederwöhrmeier von der BDA-Gruppe Darmstadt die Schader-Stiftung als eine Initiative für den Dialog, die „mit dem konstruktiven Diskurs zwischen Wissenschaft, Planungspraxis und Bürgern einen herausragenden Beitrag zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens und der Baukultur leistet“.

Die Preisträger 2014/2015 sind: FAZ-Redaktion Rhein-Main-Zeitung: Matthias Alexander, Rainer Schulze und Mechthild Harting, Schader-Stiftung, Darmstadt, Evangelische Akademie Frankfurt - Christian Kaufmann, Hochtaunuskreis - Schulbauprogramm „Schulen für das 21. Jahrhundert“, KulturBahnhof e.V., Kassel.

Christian Holl, Landessekretär BDA Hessen, Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung, Prof. Dr. Julius Niederwöhrmeier, BDA-Gruppe Darmstadt, Laudator und Susanne Wartzeck, Landesvorsitzende BDA Hessen
Foto: Uwe Dettmar

DIE KRAFT DER BÜRGER

► 13. April 2015

Heidelberg hat mit den Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung einen bundesweit beachteten Schritt in Richtung zu einer neuen kommunalen Partizipationskultur gewagt. Wie lässt sich dieser wichtige Anstoß nun in Zukunft weiterentwickeln? Dieser Frage ging die Bürgerstiftung Heidelberg in Kooperation mit der IBA Heidelberg und der Schader-Stiftung im Rahmen einer öffentlichen Diskussion am 13. April 2015 im Palais Prinz Carl in Heidelberg nach: „Beteiligung und Verantwortung – Schritte zu einer neuen kommunalen Beteiligungskultur?“

Auf dem Podium diskutierten Dr. Peter Kurz (Oberbürgermeister der Stadt Mannheim), Jochen Partsch (Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt) und Bernd Stadel (Erster Bürgermeister der Stadt Heidelberg).

CHANCENGERECHTIGKEIT UND FAMILIEN IM SOZIALRAUM

► 30. Juni 2015

Die Denkwerkstatt „Chancengerechtigkeit und Familien im Sozialraum“ ist eine neue Veranstaltungsreihe, die gemeinsam von der Schader-Stiftung und der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie ausgerichtet wird und intensive Gespräche im kleinen Kreis ermöglichen will.

Für die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern spielt deren frühe Förderung unbestritten eine bedeutende Rolle. Zudem werden aus der Perspektive der Praxis frühkindlicher Bildung die Rolle der Familie und insbesondere des Sozialraums thematisiert. Doch trotz des hohen Stellenwerts, der in der Praxis der Familienarbeit einer sozialraumorientierten Herangehensweise beigemessen wird, sind die Bezüge von Sozialraumorientierung zur Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit oftmals noch wenig konkret.

WILLKOMMENS- UND ANERKENNUNGSKULTUR IN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

► 12. Juni 2015

Anlässlich des Europa-Wochenendes wurden die europäischen Partnerstädte Darmstadts unter dem Thema „Willkommens – und Anerkennungskultur in europäischen Städten“ in die Schader-Stiftung eingeladen. Ziel war der Austausch auf kommunalpolitischer Ebene zu europaweit relevanten Themen aus europäischem Blickwinkel.

TERMINE

► **STÄDTE UND EU-ENERGIEPOLITIK**
Do.–Fr. 03.–04.09.2015
Konferenz in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt

► **KÜNSTLER-TOURIST: URBAN VIEWS**
So. 06.09.2015
15.00 Uhr
Letzte Führung durch die Ausstellung DIALOGE 02

► **RUNDER TISCH WISSENSCHAFTSSTADT DARMSTADT**
Mo. 21.09.2015
Expertengespräch

► **ORDNUNG VON FREIHEIT UND SICHERHEIT IM NETZ**
Do. 24.09.2015
Theorie-Praxis-Dialog im Rahmen des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Kongressort: Universität Duisburg

► **NETZWERKFORSCHUNG**
Mo. 28.09.2015
Sondierungsworkshop zur interdisziplinären Netzwerkforschung

► **RISIKO-ABSCHÄTZUNG UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**
Do. 01.10.2015
16.00 Uhr
Öffentliches Symposium zur Eröffnung des Studiengangs „Risk Assessment and Sustainibility Management“ der Hochschule Darmstadt

► **SCHÖNE URBANE LANDSCHAFTEN? 7. HESSENKONFERENZ STADTFORSCHUNG**
Do. 08.10.2015
09.00 Uhr
Konferenz in Kooperation mit dem Netzwerk Stadtforschung Hessen (NeStH)

► **TRANSIT: ORTE**
Do. 15.10.2015
19.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung DIALOGE 03

► **TRANSDISZIPLINÄRE ANSÄTZE FÜR DIE ENERGIEWENDE**
Mi. 21.10.2015
Workshop in Kooperation mit der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende

► **DIE ROLLE DER ARBEIT IN EINER NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT**
Mo.–Di. 02.–03.11.2015
2. Symposium „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“ in Kooperation mit dem Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung

► **ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT**
Fr. 20.11.2015
3. Großer Konvent der Schader-Stiftung

► **ARCHITEKTUR IM GEBRAUCH**
Mi.–Fr. 25.–27.11.2015
2. Forum Architekturwissenschaft in Kooperation mit dem Netzwerk Architekturwissenschaft e. V. und der Technischen Universität Darmstadt

► **MENSCHENRECHTE IM CYBERRAUM**
Fr. 04.12.2015
Tagung des Arbeitskreises Menschenrechte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

► **CHANCENGERECHTIGKEIT UND FAMILIEN IM SOZIALRAUM**
Di. 08.12.2015
Denkwerkstatt in Kooperation mit der Karl Kübel Stiftung

► **MENSCHHEITSGESCHICHTE**
Di. 26.01.2016
Workshop und Expertengespräch in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der TU Darmstadt und dem Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte, Jena

► **TRANSIT: STRÖME**
Do. 14.04.2016
19.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung DIALOGE 04

► **ZIEMLICH BESTE FEINDE – DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS**
Do.–Sa. 23.–25.06.2016
Tagung der DVPW-Sektionen „Politische Theorie und Ideengeschichte“ sowie „Politische Ökonomie“

ORDNUNG VON FREIHEIT UND SICHERHEIT IM NETZ

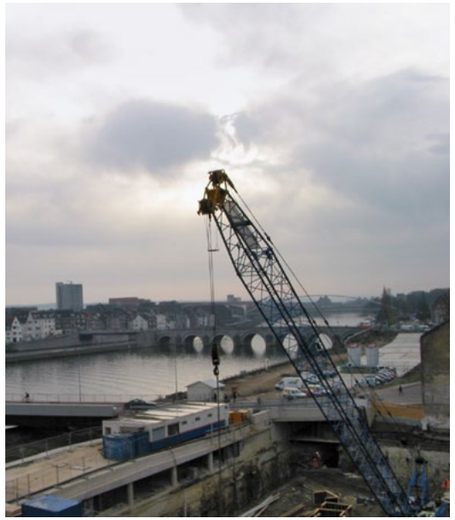
Auch im Internet stehen Freiheit und Sicherheit als gesetzte Zielpunkte in einem Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite bietet das Internet ein großes Potential zur Realisierung von Freiheiten – auch politischen Freiheitsrechten. Auf der anderen Seite verdeutlichen staatliche Abhörmaßnahmen nicht nur von autoritären, sondern auch von demokratischen Systemen, dass das Netz ebenso ein Instrument der Beschränkung von Freiheitsrechten darstellt. Um dieses Spannungsverhältnis zu diskutieren, findet im Rahmen des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im September 2015 in Kooperation mit der Schader-Stiftung ein Theorie-Praxis-Dialog zum Thema „Ordnung von Freiheit und Sicherheit im Netz“ statt.

Prof. Dr. Michael Waidner, Leiter des Fraunhofer Instituts für Sichere Informationstechnologie, Darmstadt, wird die Diskussion mit einem Impulsreferat einleiten, dabei auch eine technische Perspektive auf das Thema einnehmen. Im Anschluss diskutieren mit ihm Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Politikwissenschaftlerin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft sowie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Dr. Constanze Kurz, Informatikerin, Sprecherin des Chaos Computer Clubs; Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Politikerin und ehemalige Bundesministerin der Justiz. Moderieren wird das Gespräch der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Bieber, Universität Duisburg-Essen.

SCHÖNE URBANE LANDSCHAFTEN? 7. HESSENKONFERENZ STADTFORSCHUNG

Die schöne Landschaft ist ein Ideal und ein Problem. Urteile über Schönheit haben den Ruf des rein Subjektiven und damit Willkürlichen, das immer hinter ‚objektiven‘ materiellen Interessen zurücktreten muss. Im Gegensatz dazu spielt Schönheit als ein Kriterium der Qualität der Lebensumwelt neben anderen Kriterien nicht nur im Stadt- und Regionalmarketing eine erhebliche Rolle. Diesen Fragen widmet sich die 7. Hessenkonferenz Stadtforschung, die auf den Dialog zwischen den stadtforschenden Disziplinen und der Praxis zielt. Das Netzwerk Stadtforschung Hessen (NeStH) lädt in Kooperation mit der Schader-Stiftung am 8. Oktober 2015 nach Darmstadt ein.

Die Tagung wird ermöglicht durch die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte. Fachliche Kooperationspartner der Konferenz sind die Technische Universität Darmstadt, Frankfurt University of Applied Sciences, Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Fulda, Goethe-Universität Frankfurt am Main und die Universität Kassel.



Die schöne Landschaft als Ideal und Problem

DIE ROLLE DER ARBEIT IN EINER NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen, das heißt ökologisch und finanziell tragfähigen sowie menschengemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist das Thema des zweiten Symposiums in der Reihe „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“. Die Schader-Stiftung wird das Symposium gemeinsam mit dem Denkwerk Zukunft im November 2015 durchführen.

Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und gegebenenfalls wie Preis, Organisation, Inhalt und Status von Arbeit verändert werden müssen, um „eine Art des Wirtschaftens zu finden, die nicht die Grundlagen ihres eigenen Erfolgs (sprich: unsere Lebensgrundlagen) zerstört“ (Angela Merkel).

Ist eine solche Wirtschaft mehr oder weniger arbeitsintensiv als heute? Welche Auswirkungen auf die soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung zeigen sich? Welche Tätigkeiten sind besonders nachhaltig und wie existenzsichernd sind sie? Erleichtern oder erschweren demographischer Wandel, Digitalisierung und Globalisierung eine nachhaltige Erwerbsarbeit beziehungsweise nachhaltige Beschäftigungsstrukturen?

Anhand von verschiedenen Strategien, die eine mögliche Zukunft der Arbeit skizzieren, werden persönlich eingeladene Teilnehmende des Symposiums diese und weitere Fragen erörtern.

Dabei wird zu prüfen sein, ob die vorgeschlagenen Handlungsweisen erstens tatsächlich zu einer ressourcenschonenden, ökologisch und finanziell tragfähigen sowie menschengemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beitragen, ob und wie sie zweitens politisch umsetzbar sind und ob sie drittens zu ungewünschten Folgewirkungen führen.

ARCHITEKTUR IM GEBRAUCH. GEBAUTE UMWELT ALS LEBENSWELT, 2. FORUM ARCHITEKTURWISSENSCHAFT

Nach der Premiere 2014 in Berlin findet vom 25. bis 27. November 2015 das 2. Forum Architekturwissenschaft „Architektur im Gebrauch. Gebaute Umwelt als Lebenswelt“ im Schader-Forum in Darmstadt statt. Das Forum Architekturwissenschaft ist eine Veranstaltung des Netzwerks Architekturwissenschaft e.V. in Zusammenarbeit mit der Schader-Stiftung und der Technischen Universität Darmstadt.

Die Gebrauchserfahrung von Architektur ist nicht nur ein entscheidender Baustein kultureller und sozialer Identität, sondern sie konstituiert zugleich auch, was wir unter Architektur verstehen. Das 2. Forum des Netzwerks Architekturwissenschaft möchte sich diesem Themenfeld in erprobter Weise transdisziplinär nähern. Architektur im Gebrauch kann und soll aus geistes-, sozial- und ingenieurwissenschaftlicher Perspektive untersucht werden. Theoretische Auseinandersetzungen sind ebenso willkommen wie Vorstellungen von Ergebnissen empirischer Forschung oder strukturierte Beobachtungen aus der Arbeitspraxis von Architekten und Planern.

ZIEMLICH BESTE FEINDE – DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS

Vielen Beobachtern in Öffentlichkeit und Sozialwissenschaft erschien in den Neunzigerjahren das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie als unproblematisch, wenn nicht sogar als natürlich. Doch dass das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus spannungsgeladen ist, ist spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder bewusst geworden. Anlass genug, dem Verhältnis dieser „besten Feinde“ auf den Grund zu gehen. Die Sektionen „Politische Theorie“ und „Politische Ökonomie“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft laden daher vom 23. bis 25. Juni 2016 gemeinsam mit der Schader-Stiftung ein, um nach Übereinstimmungen, Spannungen und Bruchstellen zwischen Demokratie und Kapitalismus zu fragen. Dabei wird auch der Austausch zwischen der Politikwissenschaft und der Praxis angeregt. Was lässt sich aus den Erfahrungen außerhalb der Wissenschaft für Konzepte und Theorien in der Wissenschaft lernen?

SOMMERCAMP 2015

NEUE VERANTWORTUNGEN: GESELLSCHAFT–GEMEINWOHL–GESTALTUNG

Wie kann man das Thema „Neue Verantwortungen“ konkret fassen? Wie kann man daraus ein Dialogformat entwickeln, das zur Beteiligung, zum Mitmachen, zum Gewinn weiterer Erkenntnisse beiträgt? Diesen Fragen stellten sich zwanzig junge Menschen beim Sommercamp 2015. Spannend wurden ihre Antworten auch deshalb, weil die Veranstaltergemeinschaft rund um die Schader-Stiftung angekündigt hatte, mindestens eines der entworfenen Dialogprojekte umsetzen zu wollen.

► Zwanzig junge Menschen aus vorwiegend gesellschafts- wie ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen entwickelten von Donnerstag bis Sonntag Ende Juli / Anfang August im Schader-Forum Dialogprojekte. Unter dem Titel „Neue Verantwortungen – Gesellschaft, Gemeinwohl, Gestaltung“ hatten sie sich beworben und waren unter einer großen Anzahl von Mitbewerbern ausgewählt worden. In vier interdisziplinär zusammengesetzte Gruppen eingeteilt, wurden sie unterstützt von: Frauke Burgdorff, Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn; Dana Giesecke, Futurzwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit, Berlin; Julian Petrin, Think Tank Nexthamburg, Hamburg; Christian Thiel, LSE Enterprise Germany, Berlin.

Nach dem inhaltlichen Einstieg durch den Vortrag von Prof. Dr. Martina Löw (Technische Universität Berlin) folgten intensive Stunden der Arbeit in den vier Gruppen. Aufgelockert wurden diese durch eine abendliche Führung über die Darmstädter Mathildenhöhe oder die Qigong-Stunde im Park. Eher angeheizt wurde die Arbeit durch das am zweiten Tag stattfindende „Speed Consulting mit fliegenden Pizzen“. An vier Tischen standen jeweils zwei Berater aus den Bereichen Architektur, Bürgerbeteiligung, Fundraising, Marketing, Kunst und Ausstellung, Science Slam, Prozessbegleitung sowie elektronische Kommunikation den Gruppen mit Kritik und Rat zur Seite.

Am Sonntagmittag präsentierten die vier Gruppen die Ergebnisse dieser intensiven, interdisziplinären, durch Beratung angereicherten Projektarbeit vor der Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der Veranstalterriege.

Die Wahl der Jury fiel schließlich auf „Land.Schafft. Zukunft“. Das Projekt schlägt in drei Phasen die Etablierung eines Stipendienprogramms für Orte in ländlichen Regionen vor. Ausgewählte Stipendiaten sollen Dialogprozesse anstoßen, damit den Ort beleben, bestehende Probleme angehen und letztlich die Übernahme von Verantwortung durch die Akteure und Bewohner vor Ort fördern.

Zur Umsetzung des von Julian Petrin (Stadtplaner und Innovator bei „Nexthamburg“) begleiteten Gewinnerprojekts werden die Veranstalter des Sommercamps mit einem gemeinsam mit den Teilnehmenden des Sommercamps entwickelten Workshop einen Startpunkt anbieten.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM PROJEKT:
WWW.SCHADER-STIFTUNG.DE/SOMMERCAMP2015

DR. KIRSTEN MENSCH
Die Politikwissenschaftlerin ist Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung.

IMPRESSUM

Das Magazin SCHADER-DIALOG erscheint zweimal jährlich.

SCHADER-DIALOG 2/15
Magazin der Schader-Stiftung
Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

HERAUSGEBER
Schader-Stiftung,
v. i. S. d. P.: Alexander Gemeinhardt

AUTOREN UND AUTORINNEN
Monika Berghäuser, Sebastian Fellner, Verena Fries, Alexander Gemeinhardt, Peter Haslinger, Silke Kleihauer, Ulrich Kuther, Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Meinhard Miegel, Angelika Nußberger, Alice Pawlik, Klaus-D. Pohl, Tobias Robischon

REDAKTION
Alexander Gemeinhardt, Peter Lonitz, Sebastian Fellner

KORREKTORAT
Monika Berghäuser, Aleksandra Ilic, Alla Stoll

GESTALTUNG
Büro Schramm für Gestaltung GmbH, bueroschramm.de

DRUCK
Ph. Reinheimer, Darmstadt

© 2015 Schader-Stiftung, Darmstadt
© der abgebildeten Werke: Schader-Stiftung, Christoph Rau

ISSN 2199-5044

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-117023
gedruckt

SCHADER-STIFTUNG
Goethestraße 2
64285 Darmstadt
schader-stiftung.de